



NACHTRAG ZUR JAFD-GRÜNDUNG IN WIESBADEN

Ein guter Tag und von Storchs unnötiger Fehltritt

Von WOLFGANG HÜBNER | Die Gründung einer Jüdischen Vereinigung innerhalb der AfD in Wiesbaden ([PI-NEWS berichtete](#)) ist nicht nur für diese Partei, sondern für ganz Deutschland ein guter und wichtiger Tag, der an Symbolik nicht unterschätzt werden kann. Denn nichts signalisiert das Ende einer zwar historisch absolut verständlichen, aber auch in zunehmender Weise missbrauchten und politisch instrumentalisierten Verkampfung im Verhältnis von jüdischen und nichtjüdischen Deutschen mehr als dieses Ereignis ausgerechnet in jener Partei, die von ihren Gegnern als „antisemitisch“ diskriminiert oder gar bösartig als „Nazis“ diffamiert und verleumdet wird.

Genau deshalb sind Wut und Hetze gegen diese Gründung auch so massiv, werden alle Register gezogen, um die jüdischen Gründer in Zweifel ob ihrer Motive, ja ihrer jüdischen Identität zu setzen. Dass sich daran auch und nicht zuletzt offizielle Vertretungen und Organisationen der Juden in Deutschland beteiligen, war leider zu erwarten, ändert aber nichts an den nun geschaffenen Tatsachen. Es ist vielmehr ein deutlicher Hinweis darauf, dass auch der Zentralrat der Juden Teil eines dringend grundsätzlich zu verändernden Systems ist, das

Deutschland, mit der Grenzöffnerin für hunderttausendfach eingewanderte Judenfeindlichkeit an der Spitze der Regierung, innerlich lähmt und spaltet.

Natürlich waren von politisch-korrekten deutschen Journalisten Fragen an die Vertreter der neuen Vereinigung in der AfD nach deren Verhältnis zum Islam zu erwarten. Die Antworten, soweit bekannt, waren vernünftig und bieten selbst den Böswilligsten unter den Fragestellern keinen Grund zur Skandalisierung. Warum aber ausgerechnet am Tag der auch international vielbeachteten Gründung in Wiesbaden die AfD-Politikerin [Beatrix von Storch in völlig kontraproduktiver Weise](#) in einem Zeitungsbeitrag Spekulationen über eine mögliche Vereinigung von Moslems in der AfD anstellen musste, kann nur als schwerer politischer Fehler bezeichnet werden.

Von Storch hat damit, ob nun unbewusst oder nicht, die historische Bedeutung der Bildung einer Vereinigung von Juden in der AfD fahrlässig getrübt. Denn sie hat mit ihrem Vorstoß den riesengroßen Unterschied ignoriert, der zwischen einer realen Existenz von sich organisierenden Juden einerseits und der einstweilen sehr unrealen Organisation von Moslems in der Partei andererseits besteht. Wenn Juden ausgerechnet der vom gesamten politisch-medialen Komplex verteuflten AfD vertrauensvoll die Hand reichen, dann ist das nichts weniger als der Beginn einer neuen Zeitrechnung in Deutschland, die nach vorne blickt, ohne das schreckliche Geschehen der Vergangenheit zu vergessen, aber sich nicht mehr von diesem Geschehen erpressen und manipulieren lässt. Nicht nur die AfD, sondern alle patriotisch und freiheitlich gesinnten Deutschen haben allen Grund zur Dankbarkeit gegenüber den mutigen jüdischen Mitgliedern und Vertretern der neuen Vereinigung.

Von ganz anderer, gegenwärtig ohnehin nur theoretischer Bedeutung wäre die Bildung einer Vereinigung von Moslems in der AfD. In völligem Gegensatz zu den Christen oder Juden in der Partei wären solche moslemischen Mitglieder vom ersten Tag der Gründung einer entsprechenden Vereinigung in akutester

Lebensgefahr vor Anschlägen streng religiöser Glaubensbrüder, bräuchten also massiven Polizeischutz 24 Stunden am Tag. Das hat Beatrix von Storch offensichtlich so wenig reflektiert wie den unpassenden Zeitpunkt ihrer publizistischen Spekulation.

Und selbstverständlich könnten bekennende Moslems in der grundsätzlich islamkritischen AfD nur dann eine politische Heimat suchen, wenn sie einen radikalen Bruch mit den politischen, sittlichen und gesellschaftlichen Vorstellungen ihrer Glaubensrichtung zu vollziehen bereit wären. Sind sie dazu nicht bereit, wollen aber trotzdem in die AfD, dann würde ihre Aufnahme in die Partei nur ein Ergebnis haben: Schweren Schaden für die Glaubwürdigkeit der AfD! Denn auch eine (künftige) Volkspartei kann und darf kein Sammelsurium aller möglichen Richtungen und Strömungen sein. Ansonsten droht das Schicksal von CDU/CSU und SPD.

Wie auch immer Beatrix von Storch ihren unbedachten Vorstoß rechtfertigen mag: Der AfD-Führung sei dringend geraten, das Profilierungsbedürfnis einiger Personen unter bessere Kontrolle zu bringen. Das ist keine Einschränkung von Meinungsfreiheit, sondern lediglich eine Beschränkung von parteischädigendem Gerede, das die Folgen fahrlässig ausblendet.



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in

Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.